

Policy Paper zur Bundestagswahl 2021

Wie rechte und rechtsoffene Parteien abgeschnitten haben – und was das für die Zivilgesellschaft bedeutet

Oktober 2021

1	Einleitung.....	2
2	Die Wahlergebnisse rechter und rechtsoffener Parteien.....	2
3	Der Wahlkampf rechter und rechtsoffener Parteien.....	5
4	Die Auswirkungen auf die demokratische Zivilgesellschaft.....	7
5	Tabelle: Ausgewählte Ergebnisse der Bundestagswahl 2021.....	10

1 Einleitung

Bei der Bundestagswahl am 26. September konnten viele demokratische Parteien Erfolge erzielen: SPD und Grüne erhielten deutlich mehr Stimmen als 2017 und auch die FDP konnte mehr Wähler*innen für sich gewinnen. Einzig CDU/CSU und Die Linke verzeichneten schlechtere Ergebnisse als noch vor vier Jahren.

Wie aber haben rechtsoffene und extrem rechte Parteien bei der Bundestagswahl abgeschnitten? Welche Schwerpunkte haben sie im Wahlkampf gesetzt? Und welchen Folgen hat der Wahlausgang für Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren? Der Bundesverband Mobile Beratung hat dazu Einschätzungen aus den Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in allen 16

Bundesländern eingeholt. Sie zeigen: Die AfD hat zwar Stimmen verloren, kann aber vielerorts auf ein Stammwähler*innen-Potenzial zurückgreifen. Für die Partei selbst bedeutet das eine Stabilisierung und möglicherweise eine Professionalisierung. Die demokratische Zivilgesellschaft hingegen bleibt mit großen Herausforderungen konfrontiert. Das vorliegende Policy Paper fasst die Analysen der Beratungsteams aus den Bundesländern zusammen und zeigt damit eine zentrale Kompetenz des Bundesverbands, in dem die Expertisen Mobiler Beratung aus den Ländern gebündelt werden. So können im Folgenden – trotz teils deutlicher regionaler Unterschiede – ähnliche Entwicklungen und gemeinsame Herausforderungen beschrieben werden.

2 Die Wahlergebnisse rechter und rechtsoffener Parteien

AfD: Stabilisierung trotz Verlusten

Auf Bundesebene hat die AfD 10,3 Prozent der Zweitstimmen erhalten. Das sind 2,3 Prozentpunkte weniger als noch 2017. Ähnliche Verluste musste die Partei in den meisten Bundesländern hinnehmen. Einen Zuwachs konnte sie nur in Thüringen erreichen: Hier erhielt die AfD 24 Prozent der Zweitstimmen – 1,3 Prozentpunkte mehr als 2017 – und wurde damit erstmals stärkste Kraft. In Sachsen wurde sie mit 24,6 Prozent zum zweiten Mal stärkste Kraft – trotz Stimmverlusten.¹ Zudem hat die Partei in beiden Bundesländern viele Direktmandate gewonnen: in Sachsen zehn, in Thüringen vier. 2017 holte die AfD bundesweit nur drei Direktmandate.² Die hohen AfD-Werte in Sachsen und Thüringen könnten auf einen Machtzuwachs für das extrem rechte Lager um Björn Höcke hindeuten, der sich in den

Wahlkämpfen beider Länder stark engagierte: Beide Landesverbände sind als Unterstützer des offiziell aufgelösten „Flügels“ bekannt. In ersten Stellungnahmen hat Höcke angekündigt, auf dem Bundesparteitag im Dezember die Konfrontation mit dem Parteivorsitzenden Jörg Meuthen zu suchen.³

Dass die AfD vielerorts Stimmen verloren hat, gibt aber leider keinen Anlass zur Entwarnung. Im Gegenteil: Zum zweiten Mal haben viele Menschen bei der Bundestagswahl ihr Kreuz bei einer Partei gesetzt, die extrem rechte Positionen vertritt – und zwar nicht trotz, sondern gerade wegen dieser Positionen. So weisen Studien darauf hin, dass deutlich mehr als die Hälfte aller AfD-Wähler*innen latent oder manifest rechtsextrem eingestellt sind.⁴

¹ Die Wahlergebnisse für alle Bundesländer finden Sie in der Tabelle in Kapitel 5.

² Zeit Online: AfD holt insgesamt 16 Direktmandate: Allesamt im Osten, <https://bit.ly/3FlkPit>

³ Zu den Wahlergebnissen der extremen Rechten in Thüringen hat die Mobile Beratung in Thüringen (MOBIT) kürzlich eine Analyse veröffentlicht: <https://bit.ly/3abXkKl>

⁴ vgl. Bertelsmann Stiftung (2021): Rechtsextreme Einstellungen der Wähler:innen vor der Bundestagswahl 2021, <https://bit.ly/3AhgaKn>

Die AfD wird weitere vier Jahre im Bundestag vertreten sein, sie wird ihren Funktionsapparat ausbauen und sich weiter professionalisieren können. Zudem könnte sie ab 2022 Gelder aus dem Bundeshaushalt erhalten, um die ihr nahestehende „Desiderius-Erasmus-Stiftung“ zu finanzieren – voraussichtlich in Millionenhöhe. Die (extrem) rechten Positionen der Partei werden dadurch weiterhin Eingang in öffentliche Debatten finden und könnten sich langfristig auch an Universitäten und Schulen etablieren.

Hinzu kommt, dass die AfD in einzelnen Wahlkreisen durchaus große Erfolge erzielen konnte. Vor allem in ländlichen und strukturschwachen Gebieten kann die Partei auf ein stabiles Stammwähler*innen-Potenzial zurückgreifen. Einige Beispiele:

- In der Gemeinde Groß Luckow (Mecklenburg-Vorpommern) erhielt die AfD 55,7 Prozent der Zweitstimmen.⁵
- In Reinhardtsdorf-Schöna (Sachsen) erreichte die AfD rund 43,1 Prozent der Zweitstimmen. In vielen anderen Gemeinden des Wahlkreises (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) sind die Ergebnisse ähnlich hoch.⁶
- In Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen) konnte die AfD in mehreren Wahlbüros bis zu 20 Prozent der Zweitstimmen holen.⁷

- In Wurmberg (Baden-Württemberg) erzielte die AfD 19,6 Prozent der Zweitstimmen.⁸

Die schon jetzt hohen Zustimmungswerte für die AfD könnten durch gesellschaftliche Transformationsprozesse wie den Kohleausstieg weiter steigen: Bestimmte Milieus könnten sich von den Veränderungen überfordert fühlen, sind potentiell in ihrer Existenzgrundlage bedroht und könnten mit Abwehr reagieren – umso mehr, wenn zu wenig neue attraktive Jobs geschaffen werden oder die öffentliche Infrastruktur weiter zurückgebaut wird.

Dass die AfD besonders in der abgehängten ostdeutschen Provinz erfolgreich ist, dürfte unter anderem daran liegen, dass viele Wähler*innen sie als vermeintliche „Stimme des Ostens“ wahrnehmen. Hier profitiert die AfD von der Diskussion um die befürchteten sozialen Verwerfungen in Folge des ökologischen Umbaus in vielen ostdeutschen Regionen. Außerdem können die Partei-Vertreter*innen um Björn Höcke soziale Fragen und die Debatte um eine „ostdeutsche Identität“ 30 Jahre nach der „Wende“ für sich nutzen und erreichen damit offenbar auch prekarierte Wähler*innengruppen. Das zeigt sich auch an der Wanderung vor allem von Arbeiter*innen von der Linken zur AfD⁹. Die AfD ist im Osten aber nicht überall gleich stark: Es gibt mitunter große Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie zwischen Nord und Süd.

⁵ Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern: Bundestagswahl am 26. September 2021 in Mecklenburg-Vorpommern, vorläufige Ergebnisse – Ergebnisse nach Gemeinden, <https://bit.ly/3iEAL5C>

⁶ Sachsen.de: Bundestagswahl 2021 – vorläufige Ergebnisse für den Freistaat Sachsen, die Wahlkreise, die Gemeinden sowie Teilgemeinden und für die Landkreise, <https://bit.ly/3lgmPAR>; eigene Berechnung.

⁷ Stadt Gelsenkirchen: Wahlergebnisse Gelsenkirchen, <https://bit.ly/3uN2HJc> (links einzelne Wahllokale auswählen)

⁸ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Ergebnis der Bundestagswahl 2021, Wurmberg (Enzkreis), <https://bit.ly/3af7Ss1>

⁹ Vgl. MDR: Bundestagswahl 2021: Grüne und SPD profitieren am meisten von Wählerwanderung, <https://bit.ly/3mApQLp>

NPD und „Der III. Weg“: Wahlpolitisch bedeutungslos, aber nicht ungefährlich

Parteien aus dem neonazistischen Spektrum haben bei der Bundestagswahl sehr wenige Stimmen geholt. Die NPD kam bundesweit auf 0,1 Prozent der Zweitstimmen. 2017 waren es noch 0,4 Prozent.¹⁰ Auch in den Bundesländern büßte sie entsprechend an Stimmen ein. Den höchsten Wert konnte die NPD mit 0,7 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern erzielen – wobei ein knappes Drittel der Zweitstimmen aus einem einzigen Wahlkreis stammt.¹¹ In Sachsen erreichte sie mit 0,3 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 1990.

Die extrem rechte Kleinstpartei „Der III. Weg“ trat dieses Jahr erstmals zur Bundestagswahl an und kam bundesweit auf knapp 8.000 Zweitstimmen, was rechnerisch 0 Prozent entspricht. Sie war ausschließlich in

Bayern und Sachsen mit Landeslisten vertreten.¹²

Neonazistische Parteien gehen somit deutlich geschwächt aus der Wahl hervor und sind am Rande der Bedeutungslosigkeit angekommen. Das heißt aber nicht, dass von Neonazi-Szenen keine Gefahren ausgehen: Vielmehr haben sich ihre Aktivitäten in den letzten Jahren zunehmend von den Parteien entkoppelt und finden mehr und mehr im vorpolitischen Raum statt – sowohl als „Kümmerer“ mit Kinderfesten oder Nachbarschaftshilfe wie auch als gewalttätige Bedrohung politisch Andersdenkender. Das erschwert sowohl die Dokumentation von Vorfällen und Vernetzungen in der Szene als auch den Schutz und die Unterstützung von Betroffenen.

„dieBasis“: Aus dem Stand auf 1,4 Prozent

Die Partei „dieBasis“ ist 2020 aus den Protesten gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen hervorgegangen und wiederholt durch verschwörungsideologische und antisemitische Aussagen aufgefallen. Sie ist erstmals zur Bundestagswahl angetreten und konnte aus dem Stand 1,4 Prozent der Zweitstimmen erzielen. Damit hat die Partei Anspruch auf staatliche Gelder, mit denen sie ihre Wahlkampfkosten finanzieren und – wenn auch in kleinem Umfang – Strukturen aufbauen kann. Die Erfolge dürften auch auf prominente Gesichter der Partei zurückzuführen sein, die zuvor im „Querdenken“-Spektrum aufgetreten waren. Dazu gehören der Mikrobiologe Sucharit Bhakdi, Reiner Fuellmich, der kurz vor der Wahl zum „Kanzlerkandidaten“ gewählt wurde, sowie der ehemalige SPD-Abgeordnete Wolfgang Wodarg. Die höchste Zustimmung erhielt „dieBasis“ in Baden-Württemberg (1,9

Prozent der Zweitstimmen) und Mecklenburg-Vorpommern (1,8 Prozent).¹³ In einigen Wahlkreisen und Gemeinden erreichte sie sogar deutlich höhere Anteile – und zwar vor allem dort, wo sich (rechts)esoterische, evangelikale und verschwörungsideologische Milieus seit Jahren etablieren konnten. So auch in Michelrieth, einem Stadtteil im unterfränkischen Marktheidenfeld, in dem viele Anhänger*innen der spirituellen Gruppe „Universelles Leben“ wohnen. Hier wurde „dieBasis“ mit rund 24 Prozent stärkste Kraft.¹⁴ Der Versuch der „Basis“, als bürgerlicher Arm der Protestbewegung aufzutreten, verfiel offenbar zumindest in den Milieus, die sich vom demokratischen Diskurs abgekoppelt haben. Wie tragfähig die Strukturen sein werden und in welche Richtung sich die Partei angesichts der noch sehr oberflächlichen programmatischen Punkte entwickeln wird, bleibt abzuwarten.

¹⁰ Der Bundeswahlleiter: Bundestagswahl 2017: Endgültiges Ergebnis, <https://bit.ly/3AnAkt8>

¹¹ Der Bundeswahlleiter: Bundestagswahl 2021, Mecklenburg-Vorpommern/ Wahlkreis 016: Mecklenburgische Seenplatte I – Vorpommern-Greifswald II, <https://bit.ly/3AdLUjG>, sowie <https://bit.ly/3iGAMWx>

¹² Die Wahlergebnisse für alle Bundesländer finden Sie in der Tabelle in Kapitel 5.

¹³ Die Wahlergebnisse für alle Bundesländer finden Sie in der Tabelle in Kapitel 5.

¹⁴ Süddeutsche Zeitung: Das Dorf der Splitterparteien, <https://bit.ly/2YsQMo1>

3 Der Wahlkampf rechter und rechtsoffener Parteien

Rechte und rechtsoffene Parteien hatten im Wahlkampf Schwierigkeiten, Anknüpfungspunkte für ihre Kampagnen zu finden. Das liegt zum einen daran, dass der Fokus in diesem Jahr auf klimapolitischen und sozialen Themen lag. Zum anderen gab es – anders als 2017 – keine populistisch zugespitzte

Debatte um die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten, die der AfD vor vier Jahren deutlichen Aufschwung verschafft hatte. Dennoch versuchten die Parteien mit unterschiedlichen Strategien, die Wähler*innen für sich zu gewinnen.

AfD: Selbstverharmlosung und Corona-Schlingerkurs

Die AfD versuchte sich mit ihrer Kampagne „Deutschland, aber normal“ als Vertreterin des „gesunden Menschenverstands“ sowie als bürgerliche Mitte zu inszenieren und hat damit auch im Wahlkampf ihre Strategie der Selbstverharmlosung weiterverfolgt. Das Parteiprogramm mit seinen nationalistischen Abgrenzungsforderungen und der rigiden Politik gegenüber Geflüchteten wurde aber deutlich vertreten und gipfelte in Slogans wie „Unser Land. Unsere Werte“ oder „Deutschland zuerst. Probleme lösen statt importieren“.

Zudem versuchte die AfD, von den Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu profitieren und sowohl Impf- und Maßnahmengegner*innen als auch Unentschlossene und Besorgte anzusprechen – allerdings ohne einheitlichen Kurs: In Ostwestfalen (Nordrhein-Westfalen) protestierten Landtagsabgeordnete mit eigenen Kundgebungen „für die Freiheit, für Grundrechte und unsere Kinder“ und forderten das Ende der staatlichen Einschränkungen. Die Berliner AfD gab sich als „parlamentarischer Arm der Anti-Corona-Proteste“ aus, kam dieser Rolle aber faktisch nicht nach. In anderen Regionen blieben Funktionsträger*innen hingegen auf Abstand zu Demonstrationen. Der Vorsitzende der AfD-Fraktion in Baden-Württemberg distanzierte sich explizit von der Querdenken-Bewegung: Sie sei „ins

Extreme abgeglitten“ und könne „die normalen Bürger nicht mehr vertreten“.

Insgesamt trat die AfD im Wahlkampf weniger in Erscheinung als noch vor vier Jahren. Mutmaßlich auch wegen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie fanden weniger Veranstaltungen statt, wenn auch die Partei breit mit Plakaten und Wahlkampfständen in den Fußgängerzonen warb.

Auch die zivilgesellschaftlichen Proteste gegen öffentliche Auftritte der AfD sind 2021 kleiner ausgefallen und fanden weniger häufig statt als 2017. Das mag einerseits auf eine Ermüdung der Zivilgesellschaft im Umgang mit der Partei hinweisen, andererseits auf die massiven Herausforderungen, vor denen Engagierte aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen und Gefährdungen mitunter stehen. Gleichzeitig ist in vielen Regionen ein routinierterer Umgang mit der Partei wahrzunehmen: Vielerorts gibt es praktische Erfahrungen im parlamentarischen Umgang mit der AfD, nicht zuletzt durch die Unterstützung der Mobilen Beratungsteams in Kommunal- und Landesparlamenten. Zudem grenzen sich demokratische Akteur*innen deutlich gegenüber Veranstaltungen der AfD ab. Dennoch war der Bedarf an Beratungen aus den Reihen der demokratischen Parteien im (Vor-)Wahlkampf hoch und die Handlungsunsicherheit bei den Aktiven spürbar.

NPD und „Der III. Weg“: Vereinzelt Provokationen, sonst kaum wahrnehmbar

Der Wahlkampf der neonazistischen Kleinparteien NPD und III. Weg war kaum wahrnehmbar und beschränkte sich vor allem auf wenige Videos und Beiträge in Social Media-Kanälen. In vielen Regionen fehlen den Parteien finanzielle Mittel und Aktivist*innen, um Plakate zu kleben oder in den Fußgängerzonen in Erscheinung zu treten. Dass sie überhaupt zur Wahl angetreten sind, dürfte daran liegen, dass sie ihren Parteienstatus sicherstellen wollten. Vor allem der III. Weg versteht sich weniger als Wahlpartei, sondern dürfte durch den Wahlantritt vor allem staatlichen Repressionen wie zum Beispiel einem Verbot entgehen wollen.

Der III. Weg machte jedoch mehrfach mit provokanten Aktionen auf sich aufmerksam: In Sachsen und Bayern ließ die Partei Plakate mit der Aufschrift „Hängt die Grünen“ aufhängen. In Würzburg platzierten Mitglieder der Partei drei mit Kunstblut befleckte Stroh puppen. Ein Aufsteller neben den Puppen zeigte Fotos der Kanzlerkandidat*innen von SPD, CDU und Grünen. Zudem nutzten Aktivisten des III. Wegs und der NPD die Flutkatastrophe im Ahrtal (Rheinland-Pfalz), um sich als „Helfer“ in der Krise zu inszenieren und ihre extrem rechten Positionen zu verbreiten. Alle genannten Aktionen sorgten bundesweit für Empörung.

„dieBasis“: Verschwörungsmythen und demokratischer Deckmantel

„dieBasis“ versuchte vielerorts, mit öffentlichen Auftritten und Infoständen auf ihre vorgeblich basisdemokratische Ausrichtung aufmerksam zu machen. Zudem startete sie einen breit angelegten Plakatwahlkampf, der häufig bis in die ländlichen Räume wahrnehmbar war. Angesichts der kurzen Geschichte der Partei ist das überraschend und wirft die Frage auf, wie die „Basis“ den Wahlkampf finanzieren und personell stemmen konnte.

Die zentralen Forderungen der Partei lauten „Freiheit, Machtbegrenzung, Achtsamkeit und Schwarmintelligenz“. Im Wahlkampf wurde deutlich, dass sie damit vor allem die sofortige Abschaffung aller staatlichen Corona-Maßnahmen meint.

Letztere seien angeblich „ohne medizinische Maßnahmen“ eingesetzt worden. Hier wird neben den bekannten Verschwörungserzählungen auch die Wissenschaftsfeindlichkeit der Partei und der Bewegung deutlich. Das Gesellschafts- und Demokratieverständnis der „Basis“ ist zudem tendenziell antidemokratisch: Minderheitenschutz und Solidarität – zum Beispiel mit Risikogruppen – spielen in den Forderungen keine Rolle. Demokratische Abläufe werden abgelehnt und an entscheidenden Stellen „Expertenkommissionen“ eingefordert. Die Partei spricht sich für die Umsetzung eines nicht näher gefassten „Willen des Volkes“ aus – und verwechselt damit Meinungsfreiheit mit Widerspruchsfreiheit für die eigenen Positionen.

Gemeinsames Feindbild: Die Grünen

Angriffe auf die „etablierten Parteien“, zentral aber auf die Partei Bündnis 90/Die Grünen und mit Abstrichen auch auf Die Linke bildeten eine Klammer im Wahlkampf extrem rechter Parteien. So wettete die AfD auf ihren Plakaten gegen die Grünen mit Slogans wie „Alle anderen sind grün“, „Tempolimit für grüne Verbote“, „Landschaft statt Windparks“ oder „Umweltschutz statt Klimapanik“. Daran anknüpfend vertrat die Partei antifeministische Positionen, indem

sie etwa „Gender-Gaga stoppen“ forderte. Bei den aktiven Wahlkämpfer*innen vor Ort, vor allem bei den Grünen, sorgte das für großen Druck: Die Diskussionen an den Wahlkampfständen waren emotionaler, die Angst vor verbalen und tätlichen Angriffen präsenter als bisher. Die Erzählung von der „grünen Verbotspartei“ und die von Konservativen verbreitete Warnung vor einem angeblichen „Linksrutsch“ hat diesen Druck nicht gelindert, sondern vielmehr dazu beigetragen.

Vor allem die Grünen waren entsprechend Ziel von Hetze und Desinformationen. Ihre Plakate waren vielerorts Vandalismus ausgesetzt – sei es durch Zerstörung, diffamierende Aufkleber oder Hakenkreuzschmierereien. Im Münsterland wurden unzählige Plakate vernichtet, ein Großflächenplakat in Ascheberg komplett mit einer schwarz-weiß-roten Reichsfahne

übersprüht. In Plauen (Sachsen) und Würzburg (Bayern) kam es zu tätlichen Angriffen auf Parteimitglieder bei Wahlkampfveranstaltungen. Zudem wurden bundesweit Schmähplakate mit dem Hashtag „Grüner Mist“ verbreitet. Die Initiatoren kommen mutmaßlich aus dem Umfeld der AfD und der rechtsextremen Identitären¹⁵.

4 Die Auswirkungen auf die demokratische Zivilgesellschaft

Die rechte Strategie der AfD im Wahlkampf, ihr Wiedereinzug in den Bundestag sowie die Achtungserfolge für die verschwörungsideologische Partei „dieBasis“ stellen die demokratische Zivilgesellschaft vor eine Reihe an Herausforderungen. Daraus ergeben sich konkrete Forderungen an die Politik, die jeweils am Ende der nachfolgenden Abschnitte genannt sind.

Druck auf Engagierte durch Diskreditierung und Hetze

Die rechten Kampagnen vor allem, aber nicht nur, gegen Bündnis 90/Die Grünen haben den Druck auf zivilgesellschaftliche Akteur*innen erhöht und mitunter dazu geführt, dass sich Organisationen und Einzelpersonen aus Angst nicht mehr deutlich gegen rechte Interventionen positioniert haben. Diese Verunsicherung war bei den demokratischen Parteien im Wahlkampf deutlich zu spüren. Befeuert wurde sie durch einzelne Medien und Politiker*innen, die rechte Diskurse zum Teil übernommen und verbreitet haben. Dieser Druck wird weiter bestehen, wenn nicht sogar steigen – in Form von Anfeindungen, parlamentarischen Anfragen und Social Media-Kampagnen, die demokratisches Engagement zu diskreditieren versuchen.

Wenn zivilgesellschaftliche Akteur*innen von rechts angegriffen und bedroht werden, müssen sich Politiker*innen – am besten jene in Schlüsselpositionen – unmissverständlich mit den Betroffenen solidarisieren

und zu einem pluralen und demokratischen Zusammenleben bekennen. Damit zeigen sie den Täter*innen, dass ihre Einschüchterungen nicht verfangen. Darüber hinaus brauchen die Engagierten professionelle Unterstützung – dafür sind die Mobilien Beratungsteams in den Bundesländern ansprechbar. Um nachhaltig arbeiten zu können, brauchen die Teams und andere zivilgesellschaftliche Organisationen finanzielle Sicherheit. Die nächste Bundesregierung muss daher schnellstmöglich ein Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen.¹⁶

Umgang mit der AfD: Mehr Routine, aber Problematisierung wird schwieriger

Der Umgang mit der AfD, ihren Vertreter*innen und den von ihr gesetzten Themen ist zwar in vielen Orten routinierter geworden. Nach wie vor gibt es aber viele Unsicherheiten, die sich auch in den Anfragen an die Mobilien Beratungsteams niederschlagen. Zudem trägt der Wiedereinzug der AfD zu einer weiteren Normalisierung ihrer extrem rechten Positionen bei. Für zivilgesellschaftliche Akteur*innen wird es immer schwieriger, die AfD und ihre Programmatik zu problematisieren. Die Partei erscheint als die „normale“ Alternative, die sie sein will: Ihre Vertreter*innen sind bekannt und engagieren sich unter Umständen in der Freiwilligen Feuerwehr oder im Kinderförderverein. Die staatliche Finanzierung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung könnte diesen

¹⁵ t-online.de: „Grüner Mist“-Plakate: Spuren führen zu rechtsextremen Netzwerken, <https://bit.ly/3iEWOZR>

¹⁶ Siehe auch: BMB: „Die Lage bleibt ernst“ – Forderungspapier zur Bundestagswahl, <https://bit.ly/3uMj7I8>

Normalisierungsprozess weiter vorantreiben: Durch die Stiftung könnte sich eine junge rechte „intellektuelle Elite“ etablieren, die die Programmatik der Partei mitträgt und verbreitet.

Auch hier sind Menschen in Führungsrollen und politisch Verantwortliche gefragt, sich deutlicher zu positionieren, um der Inszenierung der AfD als bürgerlicher Mitte entgegenzutreten und andere dazu zu ermutigen, selbiges zu tun. Dazu können die Mobilen Beratungsteams mit ihrer regionalen Perspektive und ihrer Erfahrung beitragen, indem sie neben deutungsmächtigen Akteur*innen auch und gerade engagierte Personen vor Ort unterstützen, vernetzen und stärken.

Umgang mit Verschwörungsmythen: Unsicherheiten und Abgrenzungsschwierigkeiten

Mit der „Basis“ ist erstmals eine Partei zur Bundestagswahl angetreten, die sich explizit auch an Verschwörungsgläubige richtet. Damit sind Verschwörungsmythen weiter in den politischen Raum vorgedrungen. Die demokratische Zivilgesellschaft stellt das vor neue Herausforderungen: Viele Gruppen und Personen aus dem Umfeld der Corona-Proteste lassen sich nicht ohne weiteres in bekannte politische links/rechts-Schemata einordnen, womöglich klingen ihre Forderungen zunächst positiv und progressiv. Das führt zu Unsicherheiten und fehlender Sprechfähigkeit gegenüber denen, die den Protest bestimmen, und damit gegebenenfalls auch zu fehlender Abgrenzung.

Entsprechend haben die Beratungsanfragen zur Auseinandersetzung mit Verschwörungsmythen – sei es im persönlichen Umfeld oder am Arbeitsplatz – massiv zugenommen. Der Beratungsbedarf dürfte in den kommenden Monaten weiter steigen. Die mögliche Radikalisierung der „Querdenker“-Szene und ihre Versuche, eigene Strukturen etwa in der Landwirtschaft oder im Bildungsbereich zu etablieren, wird aber nicht nur die Zivilgesellschaft, sondern auch Politik und Verwaltung beschäftigen.

Um dem Unterstützungsbedarf zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Feld

Verschwörungsmythen gerecht werden zu können, brauchen Beratungseinrichtungen wie die Mobile Beratung Planungssicherheit. Zudem braucht es auch hier für die öffentliche Auseinandersetzung rote Linien und klare Grenzen statt prominenter Gesprächsangebote. Die Teams in den Bundesländern beraten seit vielen Jahren zu unterschiedlichen Formen von Dialog, mit denen eine Teilhabe von möglichst vielen Beteiligten erreicht werden kann, damit nicht die Lautesten bestimmen, worüber gesprochen wird.

Überforderung Soziale Medien

Soziale Medien haben im Wahlkampf eine wichtige Rolle eingenommen – auch und gerade bei rechten Parteien und Gruppen, die sich meist über Telegram vernetzen. Die dortigen Diskussionen, die Verbreitung von Desinformationen und Hetze können in manchen Regionen und Milieus wahlentscheidend sein – vor allem aber bestimmen sie die Stimmung und die Diskurse. Die Annahme, die demokratische Zivilgesellschaft könne hier gegensteuern, kommt einer Überforderung gleich: Das Vordringen in entsprechende „Echokammern“, die Gegenrede und das Aufzeigen von Widersprüchen ist zeitaufwändig, emotional belastend und die Erfolgsaussichten sind gering. Die Debatten finden in Blasen statt, die oft keinerlei Offenheit für demokratische Diskurse bieten.

Akteur*innen vor Ort – seien es Politiker*innen, Vereine oder Verwaltungen – müssen Diskussionsräume schaffen, die nicht allein den „digitalen Raum“ in den Blick nehmen, sondern konkrete Herausforderungen vor Ort thematisieren und – auch digital – besprechbar machen. Nur so ist es für zivilgesellschaftliche Akteur*innen möglich, Gesprächsfäden zu knüpfen und Kommunikation (wieder) zu ermöglichen. Dabei brauchen die Akteur*innen nicht nur virtuelle Unterstützung, sondern professionelle Begleitung vor Ort, wie sie etwa die Mobilen Beratungsteams anbieten.

Repräsentationsdefizit und fehlende Themen

Rund 10 Millionen erwachsene Menschen in Deutschland haben keinen deutschen Pass und sind deshalb nicht wahlberechtigt. Ein erheblicher Teil der Zivilgesellschaft wird so vom demokratischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen. Das spiegelte sich auch im Wahlkampf wider: Personen mit Rassismuserfahrungen wurden von den Parteien kaum als potenzielle Wähler*innen adressiert, Rassismus, Antisemitismus und der Umgang mit rechter Gewalt gar nicht oder nur am Rande thematisiert. Damit blieben die Ängste und Sorgen all jener außen vor, die von Ungleichwertigkeitsvorstellungen betroffen sind oder von der extremen Rechten als „Feinde“ markiert und bedroht werden.

Menschen mit Rassismuserfahrungen müssen in der Politik mehr Gehör finden. Die nächste Bundesregierung sollte sich daher mit der Forderung mehrerer zivilgesellschaftlicher Organisationen befassen, ein Wahlrecht einzuführen, das nicht an die Staatsbürgerschaft gebunden ist¹⁷, beziehungsweise den Weg zur Einbürgerung zu vereinfachen. Politische Themensetzungen und Debatten würden dadurch sicherlich deutlich inklusiver.

Pandemie schränkt Handlungsfähigkeit der Zivilgesellschaft ein

Durch die Corona-Pandemie ist die demokratische Zivilgesellschaft in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt: Proteste sind schwieriger umzusetzen, die Räume für kritische, aber demokratische und faktenbasierte Debatten geschrumpft. Die Lockerung der Einschränkungen hat die Lage zwar entspannt. Der anstehende Herbst und Winter könnte aber erneut zu Hürden führen und die Rückeroberung von Diskursräumen ist mancherorts eine langwierige Aufgabe. Die Kritik an staatlichen Maßnahmen ist daher seit Monaten von verschwörungsideologischen, extrem rechten und rechtsextremen Akteur*innen besetzt. Anstatt rote Linien zu ziehen, haben einige

Politiker*innen und Medien Fehler aus der Debatte um Flucht und Asyl 2015/2016 wiederholt und die Akteur*innen zum Gespräch „auf Augenhöhe“ eingeladen. Damit haben sie rechten und rechtsoffenen Deutungen der Krise Räume eröffnet, die einer kritischen, demokratischen Zivilgesellschaft nur selten offenstehen.

Engagierte und Verantwortliche vor Ort müssen Dialogformate schaffen, die nicht rechte und rechtsoffene Kräfte stärken, sondern diejenigen, die ein echtes Interesse an Meinungsaustausch haben. Gehör sollten dabei vor allem Menschen finden, die in der bisherigen Debatte kaum zu Wort gekommen sind – zum Beispiel prekär Beschäftigte, kinderreiche Familien oder Menschen in Gemeinschaftsunterkünften.

In strukturschwachen Räumen geraten Engagierte an Grenzen

Die Kluft zwischen städtischen Räumen und ländlichen Regionen wächst und die Auswirkungen des Strukturwandels und sozialer Verwerfungen sind deutlich spürbar: Teile der Bevölkerung sind veränderungsmüde und politikverdrossen. Demokratisch Engagierte können dem nur bedingt etwas entgegensetzen: Dort, wo Demokratie im Sinne einer Ansprechbarkeit ihrer Vertreter*innen und Institutionen für die Menschen nicht mehr sichtbar ist, wird es auch für eine engagierte Zivilgesellschaft schwierig.

In strukturschwachen Räumen stellen sich grundsätzliche Fragen, die die verbliebenen Aktiven nicht allein beantworten können. Auch Verwaltung und Politik sind gefragt, kulturelle Angebote und soziale Räume zu reaktivieren sowie Debatten anzustoßen, wie der gefühlten und tatsächlichen Demokratieförderung entgegenwirken kann.

¹⁷ vgl. Kampagne „Wir wählen“ (<https://bit.ly/2Yp1njQ>) der Petition „Nicht ohne uns 14 Prozent“ (<https://bit.ly/3mzLGhQ>)

5 Tabelle: Ausgewählte Ergebnisse der Bundestagswahl 2021

Wahlbeteiligung und Zweitstimmenanteile (in Prozent) sowie Differenz zur Bundestagswahl 2017 (in Prozentpunkten). Die Parteien sind nach ihrem Wahlerfolg auf Bundesebene aufgeführt.

	Wahlbeteiligung	AfD	dieBasis	NDP	Der III. Weg
Deutschland	76,6	10,3 (-2,3)	1,4	0,1 (-0,3)	0,0
Baden-Württemberg	77,8	9,6 (-2,6)	1,9	0,1 (-0,2)	/ ¹
Bayern	79,8	9,0 (-3,4)	1,7	0,1 (-0,2)	0,0
Berlin	75,2	8,4 (-3,6)	/ ¹	0,1 (/ ¹)	/ ¹
Brandenburg	75,6	18,1 (-2,1)	1,5	0,3 (-0,6)	/ ¹
Bremen	71,8	6,9 (-3,1)	1,0	0,1 (-0,2)	/ ¹
Hamburg	77,8	5,0 (-2,8)	1,4	0,1 (-0,1)	/ ¹
Hessen	76,2	8,8 (-3,1)	1,3	0,1 (-0,2)	/ ¹
Mecklenburg-Vorpommern	71,3	18,0 (-0,6)	1,8	0,7 (-0,4)	/ ¹
Niedersachsen	74,8	7,4 (-1,7)	1,0	0,1 (-0,2)	/ ¹
Nordrhein-Westfalen	76,4	7,3 (-2,2)	1,0	0,1 (-0,1)	/ ¹
Rheinland-Pfalz	77,2	9,2 (-2,0)	1,2	0,1 (-0,2)	/ ¹
Saarland	77,3	10,0 (0,0)	1,4	0,2 (-0,3)	/ ¹
Sachsen	76,5	24,6 (-2,4)	1,5	0,3 (-0,8)	0,2
Sachsen-Anhalt	67,9	19,6 (0,0)	1,6	0,2 (-0,5)	/ ¹
Schleswig-Holstein	78,3	6,8 (-1,4)	1,3	0,1 (-0,1)	/ ¹
Thüringen	74,9	24,0 (+1,3)	1,6	0,3 (-0,9)	/ ¹

Quelle: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html>

¹nicht mit einer Landesliste angetreten

Weitere Veröffentlichungen des Bundesverbands Mobile Beratung:



Zum Bundesverband Mobile Beratung:

Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) ist der Dachverband von 50 Mobilien Beratungsteams bundesweit, die zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus beraten. Wir vernetzen die Teams, organisieren Fachtagungen und stehen als Ansprechpartner*innen für Politik und Medien zur Verfügung.

Bundesverband Mobile Beratung e.V. (BMB)

Bautzner Straße 45 | 01099 Dresden | 0351 – 500 54 16

kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de | www.bundesverband-mobile-beratung.de

V.i.S.d.P.:

Grit Hanneforth, Geschäftsführerin im Bundesverband Mobile Beratung e.V.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**